

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **67 (1980)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Das Jahr des Kindes» als Ausgangspunkt . . .

Das «Jahr des Kindes» sei nicht als Höhepunkt einer Welle der Sympathie und Fürsorge für das Kind gedacht gewesen, sondern als «Ausgangspunkt eines dauerhaften Wandels der Einstellung wie der Tat», sagte Bundesrat Hürlimann anlässlich der Auflösung der schweizerischen Kommission für das Jahr des Kindes.

Die letzten Beratungen der Kommission, die von alt Nationalrat Hans Konzett (Zürich) präsidiert worden war, galten in erster Linie dem vom Sekretariat vorgelegten Schlussbericht, der in den nächsten Wochen in deutscher und französischer Sprache publiziert und den Gemeinden sowie allen interessierten Kreisen zur Verfügung gestellt werden soll. Schon der Entwurf zeige, dass das «Jahr des Kindes» sowohl in der Schweiz wie auch international als erfolgreich bezeichnet werden dürfe.

Durch Spenden von Gemeinden, Kantonen und Bund, von Organisationen und Schulen sowie von der «Glückskette» wurden etwa 2,8 Mio. Fr. für die Durchführung der Solidaritätsprojekte zur Verfügung gestellt. 2,3 Mio. Fr. sind für 14 Projekte in Entwicklungsländern, 500 000 Fr. für Projekte im Inland vorgesehen.

CH: Forschungsprogramm über Berufsbildung

Von den 23 Forschungsprojekten, die im Mai 1979 im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms «Bildung und das Wirken in Gesellschaft und Beruf» des schweizerischen Nationalfonds eingereicht wurden, sind acht Projekte vom Forschungsrat des Nationalfonds Ende 1979 bewilligt worden, drei weitere werden dem Nationalfonds in den nächsten Monaten vorgelegt werden.

Die acht bisher bewilligten Projekte befassen sich mit Problemen der Persönlichkeitsentwicklung in der Berufsbildung, den Problemen von Berufsbildungsinstitutionen sowie mit den Übergangsproblemen in der Berufslaufbahn (beispielsweise Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben). Ein Miniprojekt in Aarau analysiert die wichtigsten aktuellen Forschungsthemen im Bereich der ausländischen Berufsbildung.

ZH: Erstartet die Universität Zürich?

260 zusätzliche Stellen und Investitionen von 413 Millionen Franken sollen bis zum Jahr 1983 dazu beitragen, dass Zulassungsbeschränkungen an der Universität Zürich nach Möglichkeit vermie-

den werden können. Dies geht aus einer soeben veröffentlichten Studie hervor. Während sich die Raumsituation spürbar verbessern dürfte, werden sich die finanziellen und personellen Verhältnisse aber trotz dieser Anstrengungen weiter zuspitzen.

Die Studie von Universitätsplaner Edmond Ermertz ergibt, dass sich die Nutzfläche der Universität Zürich bis 1983 um weitere 25 000 Quadratmeter auf 155 000 Quadratmeter erhöhen wird. Massgeblich für diese Verbesserung der räumlichen Verhältnisse ist eine zweite Bauetappe für die 1979 eröffnete Uni-Filiale Irchel, auf die 160 Millionen der auf 413 Millionen Franken budgetierten Investitionen bis 1983 entfallen. Diese Investitionen und die 260 zusätzlich geplanten Stellen genügen nach der Studie allerdings nicht, um eine weitere Verschlechterung der heutigen Situation zu verhindern.

BE: Freie Schulwahl für Berner Eltern?

Im Kanton Bern startet ein überparteiliches Komitee ein Volksbegehren «für freie Schulwahl und für den Abbau des Bildungsmonopols». Durch eine Änderung des Primarschulgesetzes soll erreicht werden, dass Eltern, die ihre Kinder in einer Privatschule unterrichten lassen, Anspruch auf Rückerstattung der ausgewiesenen Kosten für Schulgelder und Lehrmittel haben.

Nach dem Wortlaut der Initiative, für deren Zustandekommen 12 000 Unterschriften nötig sind, sollen die Kosten für Privatschulen bis zu jenem Betrag zurückvergütet werden, den Staat und Gemeinden im Durchschnitt für gleichaltrige Schüler im gleichen oder vergleichbaren Schultypus der öffentlichen Schulen aufwenden, und zwar sowohl für den Schulbetrieb wie für Investitionen. Derzeit kostet an den öffentlichen Schulen im Kanton Bern ein Primarschüler pro Jahr 5 400 Franken, ein Sekundarschüler 7 500 und ein Gymnasiast 11 000 Franken.

Die Initianten begründen ihre Forderungen vorab mit pädagogischen Überlegungen. Sie möchten erreichen, dass alle Eltern, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, die Schulen für ihre Kinder selber wählen können. Reformistische Bemühungen seien heute erfahrungsgemäss vorab bei den Privatschulen festzustellen. Solche Bemühungen müssten sich auch auf die öffentlichen Schulen übertragen.

Nach Auffassung der Initianten entspricht ihr Begehren auch dem Gebot der Rechtsgleichheit.

Eltern, die ihre Kinder in eine Privatschule schicken, seien benachteiligt: Sie müssten das Schulgeld doppelt bezahlen, einmal, indem sie mit ihren Steuern einen Beitrag an die Staatsschule leisten, zum zweiten, indem sie der gewählten Privatschule ein Schulgeld entrichten. Der Beschluss der Lancierung der Privatschul-Initiative wurde gefasst, nachdem der Grosse Rat im letzten Herbst den Vorschlag abgelehnt hatte, für jedes Kind in einer privaten Schule einen Steuerabzug von 1500 Franken zu gewähren. Das Initiativkomitee setzt sich aus Lehrern öffentlicher und privater Schulen sowie aus Eltern zusammen. Parlamentarier der Freisinnig-Demokratischen Partei, des Landesrings, des Jungen Bern und der Demokratischen Alternative machen mit.

SZ: Umstrittenes Schwyzer Hauswirtschafts-obligatorium

Emotionsgeladen war letzthin die Diskussion im Schwyzer Kantonsrat über die Beibehaltung des hauswirtschaftlichen Obligatoriums. Vor allem die liberale Fraktion setzte sich vehement für eine gute Ausbildung der zukünftigen Hausfrauen und damit für das Obligatorium ein. Nur knapp stimmte der Rat dieser Ansicht zu, so dass nun Schwyzer Mädchen, die nach dem 8. Schuljahr die Schule verlassen, während dreier Wochen eine hauswirtschaftliche Grundausbildung erhalten. Neu regelt diese Verordnung auch die kantonalen Beiträge an die hauswirtschaftlichen Fachkurse.

FR: Zum Streit über Philosophieunterricht an Freiburger Kantonsschule

Einem Lehrer des Kollegiums St. Michael in Freiburg i. Ue., der staatlichen Mittelschule, wurden auf Beginn des laufenden Schuljahres die Unterrichtsstunden in Philosophie vom Rektor entzogen. Der Rektor war zum Schluss gekommen, dass der Philosophieunterricht des Lehrers eindeutig gegen das Christentum gerichtet ist. Dieser Vorfall hat in den letzten Wochen zu neuen Auseinandersetzungen geführt, worauf dem Staatsrat (Regierungsrat) eine schriftliche Anfrage eingereicht wurde. Dieser hat nun soeben in der Beantwortung das Vorgehen des Kollegiumsrektors bestätigt und gutgeheissen. Somit sieht sich der Lehrer Giuseppe Baraldi seiner Philosophiestunden enthoben, kann aber weiterhin als Lehrer wirken, da er in erster Linie Italienischlehrer ist.

NE: Eidgenössische Maturität an der Volkshochschule?

Der Kanton Neuenburg und die Neuenburger Volkshochschule haben eine Stiftung gegründet, die zum Ziel hat, die eidgenössischen Maturitäts-

prüfungen an der Volkshochschule vorzubereiten und entsprechende Stipendien zu ermöglichen. Seit 1978 werden an der Neuenburger Volkshochschule Kurse zur Vorbereitung der eidgenössischen Maturitätsprüfungen durchgeführt, an denen gegenwärtig durchschnittlich 15 Schüler teilnehmen. Ende 1981 werden die ersten von ihnen die eidgenössische Maturität erwerben. Die Kurse an der Volkshochschule entsprechen jenen, wie sie an Abendschulen oder an Volkshochschulen in Genf, Lausanne und Sitten durchgeführt werden. Gegenwärtig wird geprüft, ob die Kurse auch Schülern aus dem Berner Jura ermöglicht werden können.

Umschau

Streit um die Gesamtschule in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik hat ein jahrelanges Tauziehen um die Reform des Schulsystems in offenen Streit umgeschlagen. Auf Initiative des bayrischen Ministerpräsidenten und CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauss wollen die meisten der von den Unionsparteien regierten Bundesländer von 1981 an die aus der sogenannten Gesamtschule hervorgegangenen Abiturienten (Maturanden) nicht mehr anerkennen und ihnen den Zugang zu solchen Universitätsfächern verweigern, in denen ein Numerus clausus herrscht. Dies würde also bedeuten, dass in Bayern oder in Baden-Württemberg die Studienbedingungen anders wären als etwa in Hessen oder in Nordrhein-Westfalen. . . . In allen elf deutschen Bundesländern und Stadtstaaten, also auch in «CDU/CSU-Ländern», bestehen seit etwa zehn Jahren neben der traditionellen dreigliedrigen Schule (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) auch Gesamtschulen. Ihre Zahl ist allerdings relativ gering. Die Gesamtschule, die zum Beispiel in den USA dominiert, ist nach Auffassung von SPD und FDP am ehesten geeignet, ein Höchstmass an Chancengleichheit für Kinder aus allen Schichten zu garantieren. Allerdings wollen auch die sozial-liberalen Landesregierungen die Gesamtschule nicht an die Stelle des jetzigen Schulsystems setzen, das unverändert beibehalten werden soll. Gesamtschulen sollen nur dort eingerichtet werden, wo die Mehrheit der Eltern sich dafür aussprechen. Beide Systeme würden auf diese Weise miteinander konkurrieren.

Eine solche Entwicklung sehen CDU und CSU als bedenklich an, weil sich ohnehin durch die sinkenden Geburtenzahlen auch die Zahl der Schüler verringere und die traditionellen Schulen damit vermutlich in einigen Jahren unter